



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Jugendhilfeausschuss	27.04.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Mitteilung zum Bürgerhaushalt 2010

Ergänzende Stellungnahme zur Session-Vorlage 1459/2010

hier: Vorschlag- Nr. 306/31 Mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen

Vorschlagstext:

Meiner Meinung nach brauchen Schulen- insbesondere in Großstädten wie Köln – mehr Psychologen/innen und Sozialpädagog/innen. Die Lehrer im Unterricht sind z.B. durch die großen Klassen, die Korrekturen sowie durch die neuen zentralen Abschluss-Prüfungen stark eingebunden und es fällt ihnen häufig schwer, neben der stofflichen Vermittlung, auf die Probleme der Schüler einzugehen. Psychologen und Sozialarbeiter sind –wenn überhaupt- jedoch nur mit einem geringen Stundenbudget an Schulen vertreten. Auch sind sie als Ansprechpartner für die Schüler zu wenig bekannt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die schulpsychologische Versorgung in der Stadt Köln ist über den Schulpsychologischen Dienst als eigenständiges Beratungsangebot organisiert.

Der Schulpsychologische Dienst befindet sich in einer Phase der Anpassung und Umstrukturierung an die veränderten Bedingungen der Bildungssituation der Stadt Köln und die Veränderungen, die durch die Landesregierung NRW veranlasst wurden.

Erklärtes Ziel der Beratungsstelle ist es, ein bürgernahes Angebot bezogen auf die vielfältigen Anfragen zu gewährleisten.

Dem Dienst stehen ca. 13,5 kommunale und seit 2009 fünf Landesstellen zur Verfügung. Gemessen an der Schülerzahl besteht ein Verhältnis von ca.1: 8000 (dieses Verhältnis

bezieht sich auf die Summe aller Kölner Schüler und Schülerinnen).

Geht man von den Forderungen und Zielen der Schulpsychologie (Berufsverband Deutscher Psychologen) in Deutschland aus, nämlich von einer Relation von 1: 5000 für das Jahr 2010, so hieße das für Köln: es müssten in diesem Jahr 12,5 Stellen zugesetzt werden.

Dies wäre zwar wünschenswert, jedoch in Anbetracht der bestehenden Haushaltslage nicht realistisch.

gez. Dr. Klein